Auswärtiges Amt

DEUTSCHLAND
FÜR DEN SICHERHEITSRAT
DER VEREINTEN NATIONEN
2027-2028

f

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Charlotte Antonia Neuhäuser
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Géza Andreas von Geyr
Staatssekretär

Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Postanschrift:
11013 Berlin

Tel. +49 30 18 17-2075
Fax +49 30 18 17-52075

buero.geyr@diplo.de

www.auswaertiges-amt.de

Schriftliche Fragen für den Monat Juli 2025
Frage Nr. 07-0581

Berlin, 13. August 2025

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Höhe der durch israelische Behörden einbehaltenen Steuern und Zolleinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde (bitte – sofern vorliegend – tabellarisch die einbehaltenen Einnahmen seit 2015 in US-Dollar auflisten; www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2700202-2700202), und wenn ja, wird die Bundesregierung auf diplomatischer Ebene bezüglich der Beendigung dieser laut Experten der Vereinten Nationen völkerrechtswidrigen Praxis tätig werden, und wenn ja, in welcher Weise (www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/israel-withholding-tax-revenue-and-revoking-banking-waivers-could-paralyse)?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung setzt sich gegenüber der israelischen Regierung kontinuierlich dafür ein, dass die einbehaltenen Steuern und Zolleinnahmen an die Palästinensische Autonomiebehörde weitergeleitet werden. Die Mittel stehen der Palästinensischen Autonomiebehörde gemäß

des Osloer Abkommens zu. Der Bundesregierung liegen keine eigenen Erkenntnisse über die Höhe der einbehaltenen Steuern und Zolleinnahmen vor.

Mit freundlichen Grüßen

